

DRINGLICHE ANFRAGE von Judith Anna Stofer (AL, Zürich), Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) und Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster)

betreffend Die No-Billag-Initiative und die Konsequenzen für den Kanton Zürich

Im kommenden März kommt die eidgenössische Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren, «No-Billag-Initiative»)» zur Abstimmung. Die Initiative will, dass der Bund oder durch ihn beauftragte Dritte keine Radio- und Fernsehempfangsgebühren mehr erheben dürfen. Stattdessen soll der Bund Radio- und Fernsehkonzessionen versteigern. Insbesondere wird Abs. 2 von Art. 93 BV gestrichen, welcher bisher lautet: «Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berücksichtigen die Besonderheiten des Landes und die Bedürfnisse der Kantone. Sie stellen die Ereignisse sachgerecht dar und bringen die Vielfalt der Ansichten angemessen zum Ausdruck.»

Die Auswirkungen bei einer Annahme von No-Billag sind klar: Sowohl die SRG-Radio- und Fernsehsender wie auch schweizweit 34 konzessionierte private Lokalradio- und Regionalfernsehveranstalter erhalten keine Gebühren mehr. Sind diese Sender nicht in der Lage, innert kürzester Zeit alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden, ist eine Schliessung nicht ausgeschlossen. Mit einer möglichen Schliessung von öffentlichen und privaten Radio- und Fernsehsendern stehen gemäss Berechnungen des BAK Basel in der ganzen Schweiz rund 13'500 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Der Kanton Zürich beziehungsweise die Stadt Zürich ist ein wichtiger Standort für die SRG-Radio- und Fernsender in der Deutschschweiz (Fernsehen, Radio und tpc). Im Kanton Zürich erhalten neben Radio SRF und Fernsehen SRF auch Private Gebührengelder. Es sind dies TeleTop und Radio Stadtfiler in Winterthur sowie Radio LORA und die Radioschule Klipp & Klang in Zürich. Würden die Gebühren weiterhin eingezogen (nach der Abstimmung), erhielte auch die SDA ab 2019 einen Teil aus dem Gebührentopf. Neben einer Verarmung des publizistischen und kulturellen Angebots stehen im Kanton Zürich auch viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Regierungsrat die Gefahr bei einer Annahme ein?
2. Was passiert bei einer Annahme der No-Billag-Initiative im Kanton Zürich? Welche konkreten Schritte müssen eingeleitet werden? Ist die Situation vergleichbar mit dem Grounding der Swissair?
3. Welche Gesetze kämen zur Anwendung?
4. Wie viele Arbeitsplätze sind durch eine Annahme der No-Billag-Initiative im Kanton Zürich bedroht?
5. Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um den Verlust von Arbeitsplätzen abzuwenden?
6. Sieht der Regierungsrat die Medienvielfalt im Kanton Zürich bedroht?
7. Die SRG fördert auch das Filmschaffen in der Schweiz. Wäre der Kanton Zürich bereit, diese Aufgabe bei einer Annahme der No-Billag-Initiative zu übernehmen?

8. Der Regierungsrat des Kantons Graubünden lehnt die No-Billag-Initiative ab. Wie steht der Regierungsrat zur No-Billag-Initiative?

Judith Anna Stofer
Hanspeter Hugentobler
Karin Fehr Thoma

P. Ackermann	T. Agosti Monn	I. Bartal	M. Bärtschiger	M. Bischoff
B. Bloch	R. Brunner	B. Bussmann	K. Bütikofer	A. Daurù
M. Dünki	J. Erni	S. Feldmann	T. Forrer	D. Frei
H. Göldi	B. Gschwind	B. Günthard	E. Guyer	E. Häusler
D. Heierli	F. Hoesch	M. R. Homberger	L. Huonker	R. Joss
R. Kaeser	A. Katumba	R. Lais	T. Langenegger	D. Loss
T. Mani	T. Marthaler	S. Marti	C. Marty Fässler	S. Matter
W. Meier	E. Meier	F. Molina	B. Monhart	R. Munz
M. Neukom	J. Peter	G. Petri	S. Rigoni	M. Sahli
M. Schaaf	D. Sommer	M. Späth	M. Sillmann	K. Steiner
R. Steiner	E. Straub	B. Tognella	S. Trost Vetter	M. Wicki
C. Widmer	E. Würth	M. Wisskirchen	C. Wyssen	